Jahresbericht 2007

Gesellschaftspolitisches Beraterprogramm
Östliches Afrika

Teilprojekt Uganda

BMZ-Projekt: 198928277

Teil I

Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Berichterstatter: Jürgen Peters

Kampala, Uganda, Dezember 2007

Das Wichtigste auf einen Blick

Im November fand das Commonwealth Head of Government Meeting (CHOGM) erstmalig in Uganda statt. Allen Unkenrufen zum Trotz war CHOGM für Uganda und die Museveni-Regierung ein voller Erfolg. Die Oppositionsparteien „Forum for Democratic Change“ (FDC) und „Democratic Party“ (DP) hatten im Vorfeld mehrere Delegationen nach London geschickt, um das Treffen wegen anhaltender Unterdrückung der Opposition und Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung in Uganda abzusagen. Da alle derartigen Versuche im Sande verliefen, boykottierte der Oppositionsführer Besigye demonstrativ alle CHOGM-Veranstaltungen und rief zu Massendemonstrationen auf, die aber nur eine enttäuschende Beteiligung brachten.

Das Parlament hat seine Arbeit ein Jahr nach der Wahl professionalisiert und die Regierung verschiedentlich zu Kurskorrekturen gezwungen. So wurden bereits Anfang des Jahres regierungsseitige Versuche, die Unabhängigkeit der Gerichte zu unterminieren vom Parlament deutlich verurteilt und die Regierung zum Einlenken gebracht.

In der Korruptionsbekämpfung hat der Haushaltsausschuss eine führende Rolle übernommen und andere mit der Korruptionsbekämpfung beauftragte Institutionen, wie den Inspector General of Government (IGG) und die Staatsanwaltschaft, Directorat of Public Prosecution (DPP), tatkräftig unterstützt. Kompetenzgerangel und mangelnde Finanzausstattung erschweren jedoch die effiziente Verfolgung der Einzelfälle.

Eines der großen Modernisierungsprojekte der Regierung ist die Landreform. Dabei sollen verschiedene Landeigentumssysteme angepasst werden und vor allem die rechtliche Situation der Landnutzer gegenüber den Eigentümern gestärkt werden. Das Königreich Buganda hat sich an die Spitze der Landreformgegner gestellt. Man befürchtet, dass dadurch ihre Landrückgabeforderungen gefährdet werden könnten oder zumindest die Verfügungsgewalt über ihre Ländereien stark eingeschränkt würde.

Die Friedensgespräche mit der „Lord Resistance Army“ LRA laufen bereits seit eineinhalb Jahren. Die ugandische Regierung hat ihre Bereitschaft zu größeren Zugeständnissen deutlich gemacht. Dennoch gestaltet sich der Gesprächsverlauf in Juba äußerst zäh und hat viele anfängliche Hoffnungen schwinden lassen. Das Rätselraten um das Schicksal von Vincent Otti, dem seit August verschollenen Stellvertreter von Josef Kony, hat das Vertrauen in den Friedenswillen der LRA geschwächt. Die kategorische Forderung nach Rücknahme der vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag erlassenen Haftbefehle gegen fünf der hauptverantwortlichen militärischen Führer der LRA lassen den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages immer unwahrscheinlicher erscheinen. Intensive Gespräche mit den Nachbarstaaten Ruanda und Democratic Republik Congo (DRC) unter Beteiligung der USA und der UN weisen auf die Vorbereitung einer gemeinsamen militärischen Option im Falle von weiteren Verzögerungen im laufenden Friedensprozess hin.

Getragen von einem weltweiten Aufschwung konnte der bereits seit vielen Jahren anhaltende Wachstumskurs der ugandischen Wirtschaft fortgesetzt werden. Regionale Ungleichgewichte und die Spanne zwischen Arm und Reich hat sich dadurch allerdings nicht verringert. Weiterhin lebt der größte Teil der Ugander in bitterer Armut.

I. Innen- und außenpolitische Entwicklung

Absolution für den Präsidenten. Die Opposition in der Krise

Der Wahlsieg 2006 war für Yoweri Museveni und seiner Partei National Resistance Movement (NRM) noch mit vielen Wermutstropfen versehen. Der Übergang vom Movement zum Mehrparteiensystem verlief nicht so transparent wie von vielen Geberländern gewünscht. Der Wahlkampf wurde von der Verhaftung des ärgsten Konkurrenten von Museveni überschattet. Verschiedene Wahlbeobachtungsmissionen, unter ihnen auch die der EU, deckten verschiedene Mängel beim Urnengang auf. So gab es viel Kritik aus dem Ausland und nachhaltige Zweifel an der Ehrenhaftigkeit der dritten Amtsperiode von Museveni. Ein außerhalb des Commonwealth wenig beachteter Gipfel von 25 Staatschefs und 16 Premierministern - das alle zwei Jahre stattfindende CHOGM - wendete dann letztlich alles zum Guten. Dieser altehrwürdige Klub ehemaliger britischer Kolonien, die sich noch immer um ihr Mutterland und Queen Elizabeth II scharen, gab Museveni und seiner Regierung den endgültigen Segen und die Anerkennung für seine Demokratisierungsbemühungen. Ein Sieg auf ganzer Linie.

Die Opposition hatte seit der eigenen Wahlniederlage auf einen totalen Konfrontationskurs mit der Regierung gesetzt. Die umstrittene Verfassungsänderung und deren Kernstück, die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung für den Präsidenten, die Verhaftung des stärksten Gegenkandidaten Dr. Besigye kurz vor der Wahl sowie die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl 2006 hatten besonders in Großbritannien zu vielfältigen besorgten Kommentaren über die demokratische Entwicklung in Uganda geführt.

Die größte Oppositionspartei FDC und weite Teile der DP waren sich in den ersten Monaten 2007 noch sicher, dass ihre Vertreter in London ihre dortigen politischen Freunde und das Commonwealth-Sekretariat davon überzeugen können, das Treffen der Staatschefs der Commonwealth-Staaten in Uganda noch kurzfristig abzusagen und in ein anderes Land zu verlegen. Laut Medienberichten war man in Kanada bereits mit derartigen Vorbereitungen beschäftigt.

Alle Petitionen hatten nichts genutzt. Am 22. November 2007 stattete die Königin dem ugandischen Parlament einen Besuch ab, pries Ugandas „respect for the rule of law“ und sagte die Hilfe des Vereinigten Königreiches zu, „...to supporting Uganda´s efforts to deepen its democracy“. Auch die Klagen der oppositionellen FDC, nicht offiziell am Programm dieses Treffens der Regierungen des Commonwealth beteiligt zu sein und keine Gelegenheit zu haben, ihre Kritik an der ugandischen Staatsführung offiziell zu äußern, wurden vom Generalsekretär McKinnock zurückgewiesen. Alle kritischen Punkte der Regierungsführung in Uganda seien mit der Staatsführung diskutiert und von ihr zufrieden stellend beantwortet worden. Man sei zu der Überzeugung gelangt, dass sich Uganda aufrichtig um eine nachhaltige Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bemühe und beachtliche Erfolge aufweisen könne; für die oppositionelle FDC und ihren Präsidenten Dr. Besigye ein Affront ersten Ranges.

Noch kurz vor dem Treffen hatte sich die FDC-Parteiführung und die Fraktion darauf geeinigt, von einem offiziellen Boykott des Commonwealth-Treffens abzusehen. Ein umstrittener und, wie sich während des offiziellen Treffens der Regierungschefs und -delegationen zeigte, nicht tragfähiger Kompromiss. Da Besigye kein Parlamentsmitglied ist, war er nicht automatisch zur Ansprache der Königin im Parlament geladen, sondern nur ex officio zum Staatsbankett. Dies stieß auf brüske Ablehnung durch Besigye, für den sich dadurch die ganze Veranstaltung als Farce entlarvte.

Für die FDC-Fraktion und vor allem den Führer der Opposition, Prof. Latigo, erschien eine Konfrontation mit der Regierung während des CHOGM als nicht angemessen. Dies vor allem, da sich die anderen Oppositionsparteien dem Boykottaufruf der FDC nicht anschließen wollten. Lediglich die Jugendorganisation der DP kündigte eine CHOGM-Gegenveranstaltung für die Armen an. Die angekündigten Veranstaltungen in den Slums von Kampala verliefen jedoch nach einem ersten Zusammenstoß mit Sicherheitskräften und Slumbewohnern schnell im Sand.

Diese Ereignisse zeigen ein Grundproblem der noch jungen Mehrparteiendemokratie in Uganda auf. Der derzeit stärkste Gegenspieler von Museveni ist dessen alter Weggefährte Besigye. Da die ugandische Verfassung eine gleichzeitige Kandidatur um das Präsidentenamt und einen Parlamentssitz untersagt, ist er in keinerlei parlamentarische Verantwortung eingebunden. Der Führer der Opposition wird von der FDC als stärkste Oppositionsfraktion gestellt und dem Schattenkabinett gehören in der Mehrheit Abgeordnete der FDC-Fraktion an. Dennoch scheint klar zu sein, dass bei einem möglichen Wahlsieg von Besigye bei der nächsten Wahl 2011 kaum einer der jetzt dem Schattenkabinett angehörenden Abgeordneten auch tatsächlich in seine Regierungs-mannschaft übernommen werden dürfte. Der stärkste politische Gegenspieler von Museveni agiert also außerhalb des parlamentarischen Rahmens und muss sich keinerlei Regeln unterwerfen. Er hat allerdings auch das Problem, dass ihm keine Plattform zur Verfügung steht, auf der er seine Politik präsentieren kann. Der Führer der Opposition im Parlament, sein Parteifreund Prof. Latigo, ist über sein Amt in das Staatsprotokoll eingebunden und erhält damit größere öffentliche Aufmerksamkeit. Besigye muss sich dagegen seine Präsenz in den Medien erkämpfen. Er hat sich dabei für einen absoluten Konfrontationskurs mit der Regierung entschieden, gerät aber auch zunehmend in Konflikte mit der Fraktion und den ihr nahe stehenden Mitgliedern der Parteizentrale.

Besigye vertritt die Ansicht, die Regierung sei durch Wahlbetrug unrechtmäßig an die Macht gekommen. Sie müsse sich deshalb diktatorischer und menschenrechtsverletzender Mittel bedienen, um sich gegen den Willen der Mehrheit an der Macht zu halten. Die Aufgabe der Opposition sei es vor diesem Hintergrund, den Ugandern und dem Ausland bei jeder Gelegenheit die Unrechtmäßigkeit der Regierung und die von ihr ausgehende Gewalt zu verdeutlichen. Er selbst neigt dabei zu einer drastischen Ausdrucksweise und bewussten Provokationen, die zunehmend von anderen Oppositionsparteien aber auch von eigenen Parteigängern nicht mehr bedingungslos mitgetragen werden.

Eigentlich hatte eine kurz vor dem Commonwealth-Treffen einberufene gemeinsame Sitzung der Parteispitze und der Fraktion mit knapper Mehrheit die Teilnahme der FDC an den CHOGM-Veranstaltungen beschlossen. Dabei schien sich die Fraktion durchgesetzt zu haben. So nahmen, neben den kleineren im Parlament vertretenen Parteien, auch der Führer der Opposition an den rund um das Heads of Government Meeting organisierten Veranstaltungen teil und erwiesen auch der Queen bei ihrem Besuch des ugandischen Parlaments die Ehre. Der Parteiführer der FDC rief jedoch zu Protestaktionen auf. So verlief der Bruch nicht nur durch die Opposition sondern auch durch die größte Oppositionspartei.

Der Konflikt schwelt weiter und nimmt größere Dimensionen an. Die Stimmen, die eine Ablösung des Oppositionsführers fordern, werden in der FDC-Parteizentrale lauter. Prof. Latigo wird eine zu weiche Oppositionspolitik vorgeworfen. Er hatte sich verschiedentlich zu Gesprächen mit der Regierung bereit erklärt. So hatte er gemeinsam mit Museveni einen Sympathiemarsch für die Flutopfer im Norden des Landes angeführt, sich nicht ausdrücklich gegen einen von Museveni vorgeschlagenen Parteiendialog ausgesprochen und auch nicht den

Staatsbesuch der Queen sowie das Commonwealth-Treffen boykottiert. Die FDC-Fraktion hat sich bisher noch stets hinter ihn gestellt, aber der Bruch ist sichtbar und es scheint nur noch eine Frage der Zeit, wann er dem zunehmenden Druck seitens der Parteiführung nachgeben muss. Damit wäre dann wohl auch die brüchige Oppositionskoalition endgültig in Frage gestellt.

Trotz aller Proteste ist das politische Großereignis CHOGM unerwartet reibungslos über die Bühne gegangen. Die Regierung und Präsident Museveni haben internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung genossen. Museveni kann einen großen internationalen Erfolg einfahren. In den nächsten zwei Jahren wird er dem Commonwealth vorstehen und hat als wichtigsten Arbeitsauftrag die Wiedereingliederung Simbabwes in den Commonwealth übernommen. Das macht die Niederlage für die Opposition, die Museveni bisher als ostafrikanische Version von Mugabe dargestellt hat, noch bitterer.

Das Mehrparteiensystem auf einem steinigen Weg

Der Kampf um das Mehrparteiensystem war zäh und von vielen, auch gewaltsamen Auseinandersetzungen begleitet. Die mit der Wiederzulassung von Parteien verbundenen Erwartungen waren hoch. Dennoch werden zunehmend Stimmen laut, die eine Rückkehr zum Movementsystem nicht als abschreckende Vorstellung darstellen. Diese nach politischen Umbruchsituationen häufig zu beobachtende sentimentale Sehnsucht nach alten Ordnungen beschränkt sich dabei durchaus nicht auf die unverbesserlichen „Movementisten“ sondern wird auch von Oppositionspolitikern geäußert. Worin ist diese Enttäuschung über das neue politische System begründet?

Für viele Ugander begann die Mehrparteiendemokratie bereits mit einer großen Enttäuschung: der Wiederwahl des alten Staatspräsidenten Museveni. Für die meisten Oppositionellen war dieses Ergebnis eigentlich auszuschließen und konnte nur mit umfassendem Wahlbetrug erklärt werden. Somit konzentrierten sich die neuen Parteien fast ausschließlich auf den Frontalangriff auf die Regierung und nicht auf die Entwicklung politischer Alternativen. So werden Tagesereignisse kurzfristig aufgegriffen und aufgebauscht, um die Regierung bloßzustellen, anstelle die dahinter stehenden grundsätzlichen politischen Probleme aufzuzeigen und dem Wähler zu verdeutlichen. Somit vermochte man bisher noch nicht mal ansatzweise, dem Normalbürger inhaltliche Alternativen zur Regierungspolitik aufzuzeigen, sondern beschränkt sich auf publikumswirksame Protestkundgebungen, die leider häufig gewaltsam enden.

Das starre Präsidialsystem fördert eine starke Persönlichkeitsfixierung. So drehte es sich bereits bei allen vorangegangenen Wahlentscheidungen nur um die beiden Hauptkonkurrenten um das Präsidentenamt. Dem Wähler wurde dabei wenig Programmatisches geboten. In der Endphase des Movementsystems konzentrierte sich die politische Auseinandersetzung fast ausschließlich um den Erhalt oder die Abschaffung desselben. Die Aushängeschilder dieser politischen Auseinandersetzung waren Museveni und Besigye. Für den normalen Wähler waren die hinter diesen Hauptakteuren stehenden Parteien zweitrangig. Damit spitzt sich alles auf ein Persönlichkeitswahlsystem zu, bei dem die hinter den Spitzenkandidaten stehenden Parteien zu reinen Wahlvereinen degenerieren. Diese Situation trifft zumindest für die beiden großen Parteien NRM und FDC zu.

Museveni steht als Staatspräsident eine politische Bühne zur Verfügung, die er immer noch geschickt nutzt. Die Autorität seines Amtes hält auch die neu entstehende Partei NRM zusammen. Dennoch ist die NRM noch viel zu heterogen, um sich auf eine Zeit nach Museveni einstellen zu können. Der durch das Movementsystem geförderte politische Individualismus stellt

die Parteiorgane vor massive Probleme. So unterstützen viele Abgeordnete der Regierungsfraktion zwar ihren Staatspräsidenten Museveni, stellen aber ein Weisungsmandat ihrer Partei in Frage. Außer ihrem Präsidenten fühlen sie sich lediglich noch ihren Wählern gegenüber verantwortlich, aber keiner Beschlusslage der NRM. Vielleicht stellt gerade deshalb die NRM die aktivste Parlamentsfraktion, die die Regierung häufiger mit unangenehmen Debatten in die Defensive drängt als die Opposition.

Die beiden kleineren im Parlament vertretenen Parteien, DP und Uganda People's Congress (UPC), haben es schwer in dieser Konfrontation nicht zerrieben zu werden. Sie verfügen beide über keinen auch nur annähernd so populären Kandidaten wie die beiden großen Parteien. Mittelfristig betrachtet scheinen ihre Chancen jedoch nicht schlecht zu sein. Beide hatten 2006 eher Statthalter denn wirkliche Kandidaten ins Rennen geschickt. Sie verfügen aber beide über junge Hoffnungsträger, die jetzt die Chance erhalten, sich ihre Basis in ihren Parteien zu sichern. Auf DP Seite ist dies sicherlich Norbert Mao, der sich als „Local Councellor" (vergleichbar einem Distriktgouverneur) in Gulu aktiv in die Friedensverhandlungen mit der LRA eingebracht hat und zunehmend an Popularität gewinnt. Für die UPC wird James Akena, der Sohn Milton Obotes, immer wichtiger. Auch er gewinnt zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit durch seine kritischen aber sachlich bleibenden Äußerungen. Für beide dürfte die nächste Wahl 2011 noch zu früh kommen, die wahrscheinlich wiederum von Museveni und Besigye dominiert werden dürften.

Neben den programmatischen und personellen Problemen sind alle Parteien von einer kaum lösbaren finanziellen Misere betroffen. Der organisatorische und administrative Aufbau ihrer Organisationen steckt noch in Kinderschuhen. Verlässliche Angaben über die Mitgliedschaft der einzelnen Parteien sind kaum vorhanden. So beschränken sich die Parteieinnahmen hauptsächlich auf Spenden und Abgaben der Abgeordneten, die aber kaum ausreichen, um landesweit Präsenz zu zeigen oder alle notwendigen Parteiaktivitäten zu finanzieren, um die Parteibasis in die Parteiarbeit einzubinden. Das immer wieder eingeforderte Mehrparteiensystem kann allerdings ohne funktionsfähige Parteien kaum existieren. Deshalb spielen auch die wenigen Organisationen, die die Parteien in dieser schwierigen Aufbauphase unterstützen, eine zunehmend wichtige Rolle bei der nachhaltigen Sicherung der Mehrparteiendemokratie in Uganda.

Parlament mit positiver Bilanz

Trotz aller Schwierigkeiten der Parteien, ihrer Rolle im neuen politischen System gerecht zu werden, haben die Abgeordneten ihre Anfangsschwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer legislativen Aufgaben überwunden. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der parlamentarischen Kontrollfunktion gegenüber der Regierung gewidmet. Allerdings ist es weniger die Opposition als vielmehr die Regierungsfraktion, die die Regierung immer wieder vor schwierige Situationen stellt.

Justizkrise

So war es auch die Regierungsfraktion, die die regierungsseitige Intervention in das Justizsystem aufgegriffen hat, was zu heißen Debatten im Parlament führte. Was war geschehen? Bereits seit mehreren Jahren gibt es ein juristisches Gerangel um den Umgang mit den des Hochverrats angeklagten Mitgliedern der „People`s Redemption Army“ (PRA), zu denen auch der Präsidentschaftskandidat Besigye gehört. Letzterer ist seit den letzten Wahlen auf Kaution freigelassen worden. Seine ebenfalls angeklagten angeblichen Mitstreiter jedoch nicht. Anfang des Jahres kam dieser Fall endlich vor den obersten Gerichtshof. Nachdem im Vorfeld eine positive höchst richterliche Entscheidung zugunsten der Angeklagten im Raume stand, hatte das Militär bereits seine paramilitärischen Truppen mit der sofortigen Wiederverhaftung der Angeklagten beauftragt. Diese stürmten das Gerichtsgebäude und führten die Verhaftungen durch. Der Protest war groß und führte zu hitzigen Debatten im Parlament und einem Fehlereingeständnis der Regierung.

Damit ist allerdings weder den Verdächtigten geholfen, die sich immer noch in Untersuchungshaft befinden, noch die Ursache für dieses Gerichtsdrama beseitigt. Die Gründe dafür liegen in ungeklärten oder umstrittenen Zuständigkeiten der zivilen und der militärischen Gerichtsbarkeit. Diese führen nicht nur dazu, dass es eine große Grauzone in der Zuständigkeitsfrage gibt, sondern auch zu Unterschieden im Strafmaß. Zwar sehen beide Gerichtsbarkeiten immer noch die Todesstrafe vor, jedoch wird sie im zivilen Strafrecht nicht mehr angewandt, die Militärgerichte wenden die Todesstrafe aber immer noch an. Museveni hat sich zumindest in der Frage einer generellen Abschaffung der Todesstrafe klar für deren Beibehaltung ausgesprochen. Er könne das Militär anders nicht disziplinieren und die wiederkehrenden groben Übergriffe auf Zivilisten verhindern.

Privatisierung

Am Beispiel der Privatisierung der Eisenbahn, die lange Zeit stiefmütterlich behandelt wurde, hat das Parlament das Thema der Privatisierung exemplarisch aufgegriffen. Zwar wurde die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung nicht insgesamt auf den Prüfstand gestellt, jedoch erstmals die Kriterien, nach denen Privatinvestoren der Zuschlag erteilt wird, kritisch hinterfragt. Es war deutlich zu merken, dass die betroffenen Regierungsinstanzen auf die kritische Hinterfragung von Einzelheiten zu Privatisierungsvorhaben oder einzelner öffentlicher Fördermaßnahmen bei der Anwerbung von Investoren nicht vorbereitet waren.

Korruptionsbekämpfung

Wie in den ostafrikanischen Nachbarstaaten wurde die Korruptionsbekämpfung zu einem Hauptziel der Regierungspolitik erhoben. Es kann bestimmt viel Kritik an den aktuell eingeleiteten Verfahren erhoben werden, aber es wurde letztlich ein Prozess begonnen, der in die richtige Richtung weist. Einen erheblichen Beitrag hierzu leistet der Haushaltsausschuss des Parlaments. Er hat sich in kurzer Zeit sehr viel öffentlichen Respekt erarbeitet und das Klima entscheidend verändert. Sei es bezüglich missbräuchlich verwendeter Mittel des Global Funds oder im Zusammenhang mit den eingeleiteten Untersuchungen zur korrekten Abwicklung nicht unerheblicher Mittel für das Commonwealth-Treffen - die Fälle werden aufgegriffen. Trotz aller Mängel im Detail wird dadurch ein Klima geschaffen, dass alle, denen öffentliche Mittel anvertraut werden, nicht mehr sicher sein können, dass ihr Fehlverhalten unentdeckt bleibt. Dennoch zeichnet sich ein langer Kampf ab. Größtes Problem ist auch hier Kompetenzwirrwarr zwischen den beteiligten Hauptakteuren: Haushaltsausschuss, Inspector General of Government

(IGG), Director of Public Prosecution (DPP) und Criminal Investigation Department (CID). Hinzu kommen die mangelnde Kompetenz und ungenügende Personalausstattung der verantwortlichen Behörden.

Umweltpolitik

Bisher wurden umweltpolitische Fragen in der Regierung wie auch in der Bevölkerung eher vernachlässigt. Zwar sind Umweltverträglichkeitsprüfungen auch in Uganda vorgeschrieben, werden aber eher lax gehandhabt. Dies vor allen Dingen, wenn es sich um größere Investitionsvorhaben handelte. Um so erstaunlicher war die öffentliche Reaktion, als die Medien Regierungspläne bekannt machten, einen Teil des letzten geschlossenen Regenwaldgebietes östlich von Kampala einem großen Zuckerfabrikanten zur Ausweitung seines Anbaugebietes zu überlassen. Die Oppositionsparteien griffen die Gelegenheit schnell auf, um das fehlende umweltpolitische Konzept der Regierung und deren bedingungslose „open market policy" gegenüber Investoren anzuprangern. Die Öffentlichkeit war empört und bereit, ihren Unmut in Demonstrationen deutlich zu machen. Leider nutzten einige eher radikale Kräfte der Opposition die Gelegenheit zu Provokationen der Sicherheitskräfte und steuerten auch den sich abzeichnenden ausländerfeindlichen Untertönen nicht gegen. Da die größten Investoren aus Indien kommen, herrscht in breiten Kreisen eine latente Feindseligkeit gegenüber Indern. Jedenfalls entglitt die Situation auf allen Seiten außer Kontrolle und hinterließ drei Tote und mehrere zum Teil schwer Verletzte. Damit war allerdings auch eine große Chance vergeben, das Momentum der Proteste für ein breites neues Umweltbewusstsein zu nutzen.

Landreform

In der zweiten Jahreshälfte beschloss das Kabinett einen Gesetzentwurf zu einer großen Landreform. Es handelt sich dabei um eines der großen Modernisierungsvorhaben der Regierung. Seit der Unabhängigkeit und der Rückgabe größerer der britischen Krone unterstellten Ländereien sowie der Abschaffung der Monarchie in Uganda durch die Obote-Regierung, die mit der Enteignung des Landbesitzes vor allem des Buganda-Königreiches verbunden war, existieren mehrere Landeigentumssysteme parallel zueinander. Allem voran steht die fast uneingeschränkte Verfügungsmacht des Landeigners gegenüber dem Landnutzer. Die einzige Einschränkung für die Verfügungsgewalt des Landeigners ergibt sich aus dem in der Verfassung verankerten Primat des öffentlichen Interesses über Individualeigentum. Private Landnutzung und die sich daraus ergebenden Rechte sind ungeklärt und unterliegen in Streitfällen weitgehend der richterlichen Entscheidungshoheit. Nun ist allerdings nicht nur die Rechts-unsicherheit für die derzeitigen kleinen Landnutzer der Anlass für die Reform des Landrechts, sondern die von Museveni betriebene Wiedereinsetzung der Monarchien. Dadurch ermöglichte die Regierung den alten Königshäusern die Rückkehr aus dem Exil.

Man ist weiterhin auch dazu bereit, die alten Ländereien an die Königshäuser zurückzugeben. Dazu muss allerdings vorab die Frage des Verfügungsrechts geklärt werden. Es muss zunächst verhindert werden, dass den derzeitigen Nutzern der Ländereien, einschließlich des Staates, nicht plötzlich die Nutzungsrechte gekündigt oder überhöhte Abgabenlasten zugemutet werden. Nicht verwunderlich also, dass sich das Königshaus der Baganda, eng verbunden mit der katholischen Kirche, an die Spitze der Protestbewegung gegen die Landreform gestellt hat. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Oppositionsparteien zu dieser Reform stellen, wenn der Gesetzentwurf im Parlament eingebracht wird. Besonders spannend wird dies für die UPC, die sich als Partei der Landlosen sieht und sich dem republikanischen System verpflichtet fühlt.

Norduganda – der unendliche Friedensprozess

Bestanden im vorangegangenen Jahr noch berechtigte Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Krieges im Norden, sind diese einer neuen Befürchtung gewichen, dass sich der Konflikt noch nicht friedlich lösen lassen wird. Dementsprechend vollzieht sich die Rückführung der internen Flüchtlinge nur sehr zögerlich.

Dennoch ist festzuhalten, dass es seit zwei Jahren weder zu größeren militärischen Operationen der beiden Kriegsparteien noch zu nennenswerten Übergriffen auf die Zivilbevölkerung kam. Zumindest in Norduganda hat sich die Sicherheitslage stabilisiert und zu Übergriffen der LRA ist es nur noch auf südsudanischem Gebiet gekommen. Hier kam es allerdings entgegen der Vereinbarung zur Einstellung der Kampfhandlungen verschiedentlich zu Überfällen mit zahlreichen Todesopfern. Sie fallen aber alle in die Kategorie von Einzelaktionen versprengter Gruppen und dienten eher der Nachschubversorgung denn geplanten größeren strategischen Operationen. Dennoch führten sie dazu, Misstrauen unter den intern Vertriebenen zu säen und die Rückführungsaktionen und die mittlerweile in Juba aufgenommenen Friedensverhand-lungen zu erschweren.

Als zweiter Schritt auf dem Wege zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens war die Versammlung der LRA-Truppen in speziell ausgewiesenen Zonen im Südsudan vorgesehen. Hier sollten die LRA-Truppen und deren Angehörige von der internationalen Gemeinschaft versorgt werden. Obwohl die dafür vorgesehenen Termine mehrfach verlängert wurden, hat diese Aktion niemals stattgefunden. Wahrscheinlich war das Misstrauen der militärischen Führung der LRA zu groß, um sich im Zweifelsfall zu einem leichten militärischen Ziel machen zu lassen. Stattdessen haben sich mittlerweile alle Truppenteile mit der militärischen Führungsspitze unter Josef Kony im Garamba National Park im Ostkongo vereint und werden dort auch versorgt. Immer wieder kolportierte Gerüchte von Verlagerungen von LRA-Truppenteilen in Richtung Zentral-afrikanischer Republik konnten nie bestätigt werden.

Im Zuge der vertrauensstiftenden Maßnahmen haben größere Gruppen von Ugandern und internationalen Beobachtern immer wieder Josef Kony und seine militärische Führung in Garamba besucht. Die Verhandlungen in Juba wurden größtenteils von einer Gruppe von im Ausland lebenden Acholi geführt. Die militärische Führung beider Parteien war an den Gesprächen nur als Teil der internationalen militärischen Beobachtergruppe beteiligt, die aus Militärs der Southern Sudanese Liberation Army (SPLA), der LRA und der Uganda People´s Defence Force (UPDF) sowie der kenianischen, der tansanischen, mosambikanischen, südafrikanischen und der DRC Armeen besteht. Dadurch wurde auch immer wieder die Mandatsfrage für die LRA-Verhandlungsdelegation aufgeworfen.

Die militärische Führung der LRA hat sich fast regelmäßig über eine Radiostation in Gulu an die Bevölkerung gewandt. Auch hat man regelmäßigen telefonischen Kontakt mit einigen Politikern aus der Acholiprovinz gehalten. Derjenige, der diese Kommunikationswege regelmäßig nutzte, war Konys Stellvertreter, Vincent Otti. Seit August ist dieser Kontakt jedoch abgebrochen und gibt zu der sich verdichtenden Sorge Anlass, dass Otti von Kony hingerichtet wurde. Auf jeden Fall scheint es zu heftigen internen Auseinandersetzungen in der LRA-Führung gekommen zu sein, die auch dazu führten, dass sich mehrere höhere Offiziere aus Garamba abgesetzt und sich den UN Blauhelmtruppen im Kongo gestellt haben.

Mittlerweile war die dritte Etappe der Friedensvereinbarung „Accountability and Reconciliation“ angelaufen. Sowohl die ugandische Regierung als auch die LRA sollen sich mit Ugandern in den

verschiedenen Regionen und Organisationen über den Friedensprozess beraten und sich öffentlich zu ihren Taten äußern. Auch hier lässt sich die LRA-Führung von zumeist im Ausland lebenden Acholi vertreten. Zu den internen Vorgängen, die auch Zweifel an Konys Glaubwürdigkeit säen, hat sich die LRA-Delegation bisher nicht geäußert, da Aussagen zu militärischen Angelegenheiten ihr Mandat überschritten. Allerdings ist die Delegation bei einer anderen Frage ausgesprochen deutlich geworden: Ohne Rücknahme des Haftbefehls gegen Kony durch den Internationalen Gerichtshof wird von der LRA kein Friedensvertrag unterschrieben werden.

Außenpolitische Entwicklung

Obwohl immer noch als ugandischer Bruderzwist betrachtet, hat der Norduganda- Konflikt schon immer eine regionale und damit außenpolitische Komponente gehabt. Die sudanesische Zentralregierung in Khartoum stand schon seit geraumer Zeit im Verdacht, einer der wichtigsten Finanziers der LRA zu sein. Die militärischen Aktivitäten sowohl der LRA als auch der UPDF finden bereits seit Jahren zunehmend auf südsudanesischem Territorium statt und seit zwei Jahren ist auch die DRC durch die Verlegung des Hauptquartiers der LRA in den Garamba Nationalpark direkt in den Konflikt mit eingebunden.

Dass die südsudanesische Regierung die Gastgeberrolle für die Friedensgespräche zwischen der ugandischen Regierung und der LRA übernommen hat, ist von der ugandischen Regierung sehr positiv aufgenommen worden und hat die guten bilateralen Beziehungen stabilisiert. Durch die weitgehende Befriedung beider Regionen ist der Südsudan zu einem der wichtigsten Handelspartner Ugandas aufgestiegen. Der Ausstieg des Südsudans aus der Regierung in Khartoum hat entsprechende Besorgnis in Uganda ausgelöst und wurde auch für den eigenen Friedensprozess als große Gefahr empfunden.

Die Aussöhnung mit der Regierung in Kinshasa verlief nicht ganz so einfach. Das militärische Engagement Ugandas im Bürgerkrieg in DRC hatte bereits 1997 zu einer Eiszeit in den Beziehungen zwischen Kinshasa und Kampala geführt und bedeutete das Ende der Joint Permanent Commission (JPC), die vor allem über die militärischen Aktionen beider Armeen bei der Bekämpfung von Rebellengruppen abstimmen sollte. Zwischenzeitlich sind auch im Kongo die Hoffnungen auf Frieden geschrumpft und die erneuten Kämpfe eröffnen nicht nur Rebellen wie Josef Kony sondern auch anderen Rebellengruppen im Osten der DRC Rückzugsmöglichkeiten. Als Folge ist auch Uganda unterschiedlichen Flüchtlingswellen aus DRC und auch aus Ruanda ausgesetzt. Zusätzliche Probleme zu diesen fast schon traditionellen Konflikten sind durch die Ölfunde im Lake Albert entstanden. Der Grenzverlauf zwischen beiden Staaten folgt dem stark mäandrierenden Semlikifluss und ist entsprechend umstritten. Ausgerechnet hier sind größere Erdöllager entdeckt worden. Es hat bereits mehrere kleinere Scharmützel beider Armeen gegeben. Umso positiver ist zu beurteilen, dass sich die JPC nunmehr zehn Jahre später auf Außenministerebene wieder trifft.

Bereits am Rande des Commonwealth-Treffens führte Museveni mit seinem Amtskollegen Paul Kagame aus Ruanda intensive Gespräche und versuchte die alten Probleme zwischen beiden Ländern auszuräumen. Diese Initiative war zweifelsohne kurz zuvor von Museveni mit George W. Bush während dessen überraschendem Kurzbesuch vereinbart worden. Nur wenig später trat in Addis Abeba die so genannte 3+ Gruppe (Yoweri Museveni, Paul Kagame und Joseph Kabila) zusammen, die mit Condoleezza Rice und UN-Vertretern ein gemeinsames Vorgehen zur Befriedung des Ostkongo und seiner Anrainerstaaten verabredeten. Die Absprachen schließen

wohl auch ein gemeinsames Vorgehen gegen die LRA in Garamba Park ein. Jedenfalls stellte die Regierung in Kinshasa die LRA in den ersten Dezembertagen vor das Ultimatum, bis Ende Januar 2008 ihr kongolesisches Hauptquartier aufzugeben oder sie würde von der kongolesischen Armee angegriffen. Es gibt bereits Gerüchte, dass die UN-Friedensmission in DRC drei Auffanglager für Fahnenflüchtige der LRA in Ndungu, Bunia und Goma eingerichtet hätte.

Somit hat sich Museveni wohl das Einverständnis der USA für ein militärisches Vorgehen gegen die LRA nach einem Scheitern der Friedensverhandlungen eingeholt. Ob er dabei über die Eile der USA überrascht war, kann nur vermutet werden. Für diese sind offensichtlich die Probleme der Gesamtregion (Große Seen, Darfur, Somalia, Südsudan etc.) zu groß um zu tolerieren, dass sich im Schatten der Friedensverhandlungen in Juba, der ungelösten Darfurfrage sowie intensivierter Kämpfe im Ostkongo, ein langjähriger Unruhestifter erneut aufrüstet und die Lage zusätzlich destabilisiert.

Dabei scheint man zu unterstellen, dass es die Museveni-Regierung mit ihrem Friedensengagement nicht nur zu Hause sondern auch in der Region ernst meint. Sie ist letztlich mit der Entsendung von Truppen nach Somalia nicht nur ein großes innenpolitisches Risiko eingegangen, sondern steht bisher als Einzige ein für die vorher eingegangenen Verpflichtungen der Afrikaner zur aktiven Übernahme von Verantwortung in der Krise am Horn.

II. Wirtschafts- und Sozialentwicklung

Uganda bleibt weiterhin ein Hort stabiler Wirtschaftsentwicklung. Der letzte Weltbankbericht bestätigt eine Wachstumsrate in Höhe von 6,1 %, allerdings auf noch geringem Niveau. Einen guten Beitrag hat sicherlich der weltweit zu spürende Wirtschaftsaufschwung geleistet. Dennoch scheint bemerkenswert, dass das Wachstum in Uganda auch auf sich verbessernden Fundamentaldaten basiert. Allgemein kann vermerkt werden, dass die Politik bessere Bedingungen für die Inflationsbekämpfung, eine ausgeglichenere Haushaltsentwicklung, stabilere Wechselkurse und eine ausgewogenere Kreditaufnahme geschaffen haben, die die wirtschaftlichen Bedingungen auch zukünftig günstig beeinflussen werden. Verbesserte Regierungsführung hat auch die Voraus-setzungen für eine verstärkte Korruptionsbekämpfung geschaffen, die sich unmittelbar auf ein verbessertes Wirtschaftsklima auswirkt. Man darf allerdings nicht bei Absichtserklärungen stecken bleiben.

Trotz allen Wachstums bleibt die ungleiche Verteilung des Wohlstandes das größte Problem. Von den rund 30 Mio. Ugandern leben nur 12,6 % in urbanen Zonen. Es ist demnach nicht verwunderlich, dass 73 % der arbeitsfähigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Weitere 22,5 % sind im Servicesektor und nur 4,2 % in der Industrie beschäftigt. Mehr als 80 % des Dienstleistungssektors sowie der Industrie sind jedoch im Großraum von Kampala und Jinja angesiedelt, wo über 50 % des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet werden. Diese Zahlen verdeutlichen das Stadt-Land-Gefälle.

Aber auch im ländlichen Bereich kommt es zu einem erheblichen Wohlstandsgefälle zwischen der Zentralregion, dem Westen und dem Norden und Nordosten. Das sind die Regionen, die einerseits durch die pastoralen Probleme der Karamajon im Nordosten und den jahrzehntelangen Bürgerkrieg mit der LRA geprägt werden. Der kürzlich veröffentlichte Nordugandabericht des United Nations Development Program erlaubt hierzu einen kleinen Einblick. Grundsätzlich wird ein signifikantes Fehlen von Männern der Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren festgestellt. Über die Ursachen können nur Vermutungen angestellt werden. Einerseits wird eine nicht geringe Anzahl der arbeitsfähigen Männern bei der Suche nach einem Arbeitsplatz in die

wohlhabenderen Gebiete Ugandas abwandern, andererseits drückt sich darin auch der große Schaden, den der Krieg verursacht, aus. Die Folge ist, dass 23 % aller Haushalte von Frauen geführt werden. Diese stellen auch die unterste Stufe der Wohlstandsleiter dar. Rund 80 % der von Frauen geleiteten Haushalte haben weniger als acht Euro wöchentlich zur Verfügung und kaum 30 % aller Haushalte der Region verfügen über ein Bett oder eine Matratze. Allerdings besteht die Hoffnung, dass mit einer sich stabilisierenden Sicherheitslage zunehmend mehr Menschen die internen Flüchtlingslager verlassen und ihre Lebensgrundlage durch kleinbäuerliche Aktivitäten verbessern können.

Auch wenn in den anderen Regionen die Einkommenssituation für die Landbevölkerung etwas besser aussehen mag, kann davon ausgegangen werden, dass die überwältigende Mehrheit der 87,4 % Landbevölkerung über nur sehr geringe monetäre Einnahmen verfügt. In der Mehrzahl handelt es sich um rein landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaften, die zu 100 % von den Erträgen des bewirtschafteten Bodens leben. Trockenheit und Flutkatastrophen wirken sich unmittelbar auf ihre Lebenssituation aus. Sie verfügen über zu geringe monetäre Rücklagen, um Krisensituationen überbrücken zu können. Die derzeit mit größter Besorgnis diskutierte globale Klimakatastrophe wird sich in ihren negativsten Konsequenzen gerade auf diese ärmsten Bevölkerungsgruppen auswirken. Dennoch wird die Umweltdiskussion bisher nur am Rande geführt und die Schaffung eines breiten Umweltbewusstseins zugunsten kurzatmiger politischer Statements vernachlässigt.

Hoffnung lassen in diesem Bereich lediglich einige zivilgesellschaftliche Organisationen aufkommen. Der zunehmende Konfrontationskurs der politischen Debatte verengt aber den Spielraum der Zivilgesellschaft, die vorübergehend durch das Wiedererstarken der Parteien geschwächt scheint. Starke Ausnahme hiervon sind die Kirchen, die sich zunehmend in die Politik einmischen und gleichzeitig durch eine stärker fundamentalistische Ausrichtung zu einem Problem für die pluralistische Demokratieentwicklung werden. Gerade die katholische Kirche stärkt ihre Allianz mit den traditionellen Führern und traditionellen Ordnungssystemen. Die Familie bildet dabei das Zentrum für die Gemeinschaft. Alles was die Familie im traditionellen Sinn in Frage stellt, wird brüsk verworfen. Exemplarisch kann dabei die Frage der Homosexualität angeführt werden. Sie wird als Unterminierung der Institution der Ehe gesehen und somit kategorisch verworfen. Auf dem Commonwealth-Treffen kam es im „People´s Forum“ zu erregten Auseinandersetzungen zwischen europäischen Menschenrechtsorganisationen und Vertretern der afrikanischen Kirchen. Die anglikanische Kirche Ugandas hat bereits einen Bruch mit den britischen und amerikanischen Anglikanern angekündigt. Eine Drohung, die schnell auch die anderen christlichen Kirchen vor große Probleme zu stellen droht.

III. Gewerkschaften

Die Gewerkschaften befinden sich weiterhin in einer unglücklichen Verbindung mit der NRM-Regierung. Auch im neuen Mehrparteiensystem sind die Gewerkschaften durch fünf von ihnen gewählten Abgeordneten im Parlament vertreten. Diese haben sich alle der NRM-Fraktion angeschlossen. Dadurch erscheinen die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit als eng mit dem Movementsystem und der Regierung verbunden. Dies ist in der derzeitigen politischen Umbruchphase ein ernstzunehmendes Problem, da dies den Zugang der Gewerkschaften zu den Oppositionparteien erschwert.

Dabei muss man den Gewerkschaftsabgeordneten und ihrer Arbeit im Parlament eigentlich Anerkennung zollen. Sie haben die Arbeitnehmerbelange offensiv vertreten und sich nicht gescheut, der Regierung unangenehme Fragen zu stellen. Vor allem bei der Privatisierung der Eisenbahn, der Anwerbung von Auslandsinvestitionen und der Subventionierung von Privatunternehmen haben sie die sozialen Wirkungen kritisch hinterfragt. In der politischen Zwitterrolle bleibt ihr Einfluss jedoch sehr begrenzt. In der Regierungsfraktion finden sie kaum Mitstreiter, für die Opposition stehen sie auf der falschen Seite und die Gewerkschaften sind zu schwach, um ihnen eigenständiges politisches Gewicht zu geben.

Fehlende Unterstützung aus der Politik hat dazu geführt, dass sich die Gewerkschaften auch durch die Verabschiedung der neuen Arbeitsgesetze und das verstärkte öffentliche Interesse an der Reform des Sozialversicherungssystems nicht besser profilieren konnten. Dazu beigetragen haben allerdings auch die weiterhin prekäre Finanzsituation und der Mangel an fachlicher Expertise sowohl in den Einzelgewerkschaften als auch in den Dachverbänden NOTU und COFTU. So ist es beiden Verbänden nicht gelungen, die ihnen zustehenden Vorstandsposten bei dem nationalen Sozialversicherungsfonds (NSSF) zu besetzen.

Ein in seiner endgültigen Wirkung noch nicht abschätzbares Problem stellt der Wegfall der Mindestmitgliederzahl für die Neugründung von Gewerkschaften dar. So ist es bereits im ersten Jahr zu einer Vielzahl von Neugründungen von kleinen Splittergewerkschaften gekommen. Zumindest für eine Übergangszeit ist zu befürchten, dass diese Entwicklung zu einer Schwächung der Gewerkschaftsbewegung führen wird. Gerade in Zeiten, wo es auf internationaler Ebene endlich zu einem Zusammenschluss der größten Gewerkschaftsverbände gekommen ist, sollten auch auf nationaler Ebene alle Energien zu einer Bündelung der gewerkschaftlichen Kräfte genutzt werden.

IV. Gender

Die Movementregierung sieht es als ihre Aufgabe an, die Stellung der Frauen in Gesellschaft und Politik zu verbessern. Im Rahmen der „Affirmative Action Policy“ haben vielfältige Fördermaßnahmen zu einem verhältnismäßig hohen Frauenanteil in der Wirtschaft, Verwaltung und Politik geführt. Allerdings beschränken sich diese Errungenschaften auf die wenigen urbanen Zentren. In den ländlichen Regionen ist der Einfluss der Frauen noch immer starken Einschränkungen durch starre traditionelle Gesellschaftsysteme unterworfen. Bestes Beispiel hierfür ist der Schulsektor. Obwohl in Uganda Schulpflicht besteht und bei der Einschulung der Anteil der Geschlechter fast gleich ist, brechen vor allem in einigen Nordregionen mehr als die

Hälfte der Schülerinnen ihre Ausbildung vor dem Grundschulabschluss ab. In einigen Distrikten hat im letzten Schuljahr keine einzige Schülerin eine weitergehende Schule besucht.

Es hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von neuen gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und institutionellen Reformen gegeben, um die Rechte von Frauen zu verbessern und die Zahl der Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Das letztes Jahr verabschiedete Gesetz zur Schaffung einer Gleichstellungskommission (Equal Opportunities Commission Act) ist ein Meilenstein zur Gleichstellung von Mann und Frau. Gleichzeitig lässt sich an diesem Gesetz die größte Problematik der Regierungspolitik aufzeigen. Es gibt zwar ein Gesetz aber im Haushalt keinen entsprechenden Posten damit die Kommission ihre Arbeit aufnehmen kann.

Andere Gesetzesvorhaben zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern, wie das „Domestic Relation Bill“ und das „Sexual Offence Bill“, werden bereits seit Jahren äußerst kontrovers diskutiert, liegen auch dem Parlament vor und werden nicht verabschiedet.

Anhang zum Jahresbericht 2007

Uganda

Anhang 1

Abkürzungsverzeichnis

CHOGM	Commonwealth Head of Government Meeting
CID	Criminal Investigation Department
COFTU	Confederation of Free Trade Unions
DP	Democratic Party (Partei)
DPP	Directorat of Public Prosecution (Staatsanwaltschaft)
DRC	Democratic Republic of Congo
EAC	East African Community (ostafrikanische Staatengemeinde, die Kenia, Uganda, Tansania, Burundi und Ruanda unfasst)
FDC	Forum for Democratic Change (Partei)
ICC	International Criminal Court (Internationaler Strafgerichtshof)
IGG	Inspector General of Government (Ombudsmann)
JPC	Joint Permanent Commission (gemeinsame Kommission der Regierungen von Uganda und DRC)
LC	Local Councillor
LRA	Lord Resistance Army
MONUC	UN Blauhelmtruppe in DRC
NRM	National Resistance Movement (Regierungspartei)
NSSF	National Social Security Fund
PRA	Peole´s Redemption Army (vorwiegend im Kongo operierende ugandische Rebellenorganisation)
SPLA	Southern Sudanese Liberation Army
UPC	Uganda People´s Congress (Partei)
UPDF	Uganda People´s Defence Force (ugandische Armee)

Anhang 2

LIST OF UGANDA'S CABINET MINISTERS & THEIR DEPUTIES

No.	Name	Portfolio
1.	H.E. Yoweri Kaguta Museveni	President of the Republic of Uganda
2.	Prof. Gilbert Bukenya	Vice President of the Republic of Uganda
3.	Hon. Kagimu Kiwanuka	Minister – Economic Monitoring – The Vice President's Office
4.	Hon. Nsaba Buturo	Minister – Ethics (Vice President's office)
5.	Hon. James Baba	(Vice President's Office)
6.	Prof. Apollo Nsibambi	Prime Minister & Leader of Government Business in Parliament
7.	Hon. Eriya Kategaya	First Deputy Prime Minister/Minister for East African Community Affairs
8.	Hon. Henry Kajura	Second Deputy Prime Minister & Minister of Public Service
9.	Hon. Kirunda Kivejinja	Third Deputy Prime Minister/ Minister of Information & National/Guidance
10.	Hon. Amama Mbabazi	Minister for Security
11.	Hon. Beatrice Wabudeya	Minister for Presidency
12.	Hon. John Nasasira	Minister of Works & Transport
13.	Mrs. Geraldine Bitamazire	Minister of Education & Sports
14.	Dr. Crispus Kiyonga	Minister of Defence
15.	Hon. Tarsis Kabwegyere	Minister for Relief & Disaster Preparedness
16.	Hon. Musa Ecweru	Dep. Minister of State – Relief, Disaster Preparedness
17.	Hon. Hillary Onek	Minister of Agriculture , Animal Industry & Fisheries
18.	Hon. Kibirige Ssebunya	Dep. Minister of Agriculture
19.	Hon. Fred Mukisa	Dep. Minister of Fisheries
20.	Maj. Bright Rwamirama	Deputy Minister of Animal Industry
21.	Hon. Daudi Migereko	Minister of Energy & Mineral Development
22.	Hon. Simon D'Ujanga	Minister of Energy
23.	Hon. Kamanda Bataringaya	Minister of Minerals
24.	Hon. Ruhakana Rugunda	Minister of Internal Affairs
25.	Hon. Matia Kasaija	Dep. Minister of Internal affairs
26.	Hon. Adolf Mwesige	Minister of General Duties – Office of the Prime Minister
27.	Hon. Syda Bumba	Minister of Gender, Labour & Social Affairs
28.	Hon. Rukia Isanga	Minister- Gender
29.	Hon. James Kinobe	Minister – Youth
30.	Hon. Mwesigwa Rukutana	Minister - Labour
31.	Hon. Sulaiman Madada	Minister – Disabilities
32.	Hon. Janat Mukwaya	Minister of Trade & Industry
33.	Prof. Ephraim Kamuntu	Minister of State - Industry
34.	Hon. Maria Mutagamba	Minister of Water & Environment
35.	Hon. Jessica Eriyo	Minister - Environment

36.	Hon. Jennifer Namuyangu	Minister - Water
37.	Hon. Dorothy Hyuha	Without Portfolio
38.	Dr. Stephen Malinga	Minister of Health
39.	Hon. Richard Nduhura	Dep. Minister of Health (General)
40.	Hon. Emmanuel Otaala	Dep. Minister of (Primary Health Care)
41.	Hon. Sam Kutesa	Minister of Foreign Affairs
42.	Hon. Okello - Oryem	Minister – Foreign Affairs
43.	Hon. Isaac Musumba	Minister – Regional Affairs
44.	Hon. Fred Omach	Minister of Finance (General duties)
45.	Hon. Caleb Akandwanaho	MIinister - Microfinance
46.	Hon. Semakula Kiwanuka	Minister - Investment
47.	Hon. Rukia Chekamondo	Minister - Privatisation
48.	Hon. Ham Mulira	Minister of Communication & Information Technology
49.	Hon. Kahinda Otafiire	Minister of Local Government
50.	Hon. Hope Mwesigye	Deputy Minister – Min. of Local Government
51.	Hon. Omara Atubo	Minister of Lands, Housing & Urban Development
52.	Hon. Kasirivu Atwoki	Dep. Minister-Lands
53.	Dr. Ezra Suruma	Minister of Finance, Planning & Economic Development
54.	Hon. Kabakumba Matsiko	Chief Whip (NRM)
55.	Hon. Gabriel Opio	Minister (Higher Education) Min. of Education & Sports
56.	Hon. Peter Lokeris	Minister (Primary Education) Min. of Education & Sports
57.	Hon. Charles Bakabulindi	Minister (Sports) Min. of Education & Sports
58.	Hon. Michael Werikhe	Minister – Housing
59.	Hon. UrbanTibamanya	Minister – Urban Development
60.	Hon. David Wakikona	Minister of State- Northern Uganda (Prime Minister's Office)
61.	Hon. Aston Kajara	Minister of State – Karamoja (Prime Minister's office)
62.	Hon. Nyombi Thembo	Minister of State (Luwero Triangle) (Prime Minister's office)
63.	Hon. Nelson Gagawala	Miniter of State – Trade, Tourism, Wildlife & Antiquities
64.	Hon. Serapio Rukundo	Minister of State – Tourism
65.	Hon. Khiddu Makubuya	Minister of Justice, Constitutional Affairs & Attorney General
66.	Hon. Fred Ruhindi	Dep. Minister of Justice
67.	Hon. Simon Ejua	Dep. Minister – Transport – Min. of Transport
68.	Hon. John Byabagambi	Dep. Minister – Works – Min. of Works, Housing & Communication
69.	Hon. Ruth Nankabirwa	Deputy Minister for Defence – Min. of Defence
70.	Hon. Sezi Mbaguta	Dep. Minister – Public Service
71.	Hon. Alintuma Nsambu	Dep. Minister – ICT – Min. of Information, Communications & Technology